URGENT ACTION

9. November 2026

Gewerkschafter in Präventivhaft

Pakistan

Raja Haroon Rasheed (in Haft) und **Shahid Raza Padri**

Der Gewerkschaftsvorsitzende Raja Haroon Rasheed wurde am 21. Oktober festgenommen, nur weil seine Gewerkschaft zu einem Streik aufgerufen hatte. Die Behörden wollten auch den Generalsekretär Shahid Raza Padri inhaftieren, trafen ihn jedoch nicht zuhause an.

Am 20. Oktober erließ die Bezirksverwaltung von Rawalpindi vorbeugende Haftanordnungen gegen die Gewerkschafter Raja Haroon und Shahid Raza. Beide sollten 30 Tage lang ins Gefängnis. Grund war die Vorbereitung eines Streiks ihrer Gewerkschaft. Mit dem Streik wollten sie gegen die geplante Übertragung des Busbahnhofs ihres Unternehmens auf ein anderes Unternehmen protestieren. Sie riefen zum Protest auf, weil die Übertragung negative Auswirkungen auf die Löhne und Renten der Beschäftigten haben würde. Raja Haroon wurde am 21. Oktober bei einer Razzia im Büro der Gewerkschaft festgenommen und ist seitdem im Bezirksgefängnis von Jhelum in Haft. Doch Shahid Raza kann die Polizei nicht finden. Um Druck auf ihn auszuüben, sich der Festnahme zu stellen, durchsuchte die Polizei sein Haus und hielt seinen Schwager anschließend zwei Tage lang fest. Nach einer weiteren Razzia in der Nacht zum 8. November wurde ein weiteres Familienmitglied fast 24 Stunden lang festgehalten.

Der Einsatz vorbeugender Haftanordnungen wegen unklarer Bedenken hinsichtlich der öffentlichen Ordnung verletzt die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit und friedliche Versammlung.

Bitte schreiben Sie einen höflichen Protestbrief (E-Mail, Fax oder Luftpostbrief) mit folgenden Forderungen:

- Bitte heben Sie die vorbeugenden Haftanordnungen gegen Raja Haroon Rasheed und Shahid Raza Padri sofort auf. Stellen Sie sicher, dass gegen die beiden Gewerkschafter keine Anklage wegen der Ausübung ihrer Rechte erhoben wird.
- Sorgen Sie bitte dafür, dass Raja Haroon Rasheed sofort freigelassen wird.
- Beenden Sie jegliche Vergeltungsmaßnahmen, Schikane und Einschüchterung von Familienangehörigen.
- Ergreifen Sie Maßnahmen, um das Recht auf friedliche Versammlung für Werktätige und Demonstrierende im Bezirk Rawalpindi zu gewährleisten.

Bitte schreiben Sie Ihre Protestbriefe möglichst sofort. Schreiben Sie in gutem Urdu, Englisch oder Deutsch. Schicken Sie eine Kopie an die Botschaft. Bitte verschicken Sie nach dem **9. Mai 2027** keine Protestbriefe mehr.

Schreiben Sie an den Vizekommissar von Rawalpindi:
Nadeem Nasir
Deputy Commissioner Office
District Courts, Old Airport Road
Lalazar, Rawalpindi, 46000, PAKISTAN
E-Mail: dcpindi@gmail.com
(Anrede: Dear Deputy Commissioner / Sehr geehrter Vizekommissar)

Schicken Sie eine Kopie an:
Botschaft der Islamischen Republik Pakistan
S.E. Herrn Salman Sharif
Schaperstr. 29, 10719 Berlin
Fax: 030-2124 4210
E-Mail: mail@pakemb.de

Sie können auch auf unserer Website bei dieser Aktion mitmachen. Dort finden Sie die fertigen Protestbriefe: https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-actions

ACHTUNG! Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „Brief International“, ob die Briefzustellung in das Zielland möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihr Protestschreiben bitte als E-Mail oder Fax. Papierbriefe können auch an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e.V.
Urgent Actions
Sonnenallee 221C . 12059 Berlin
030 - 420248-0 . ua-de@amnesty.de . amnesty.de/ua
Spendenkonto DE23 3702 0500 0008 0901 00

AMNESTY INTERNATIONAL

Sie können auch auf Englisch schreiben:

- Immediately withdraw the preventive detention order against Raja Haroon Rasheed and Shahid Raza Padri, and ensure that no charges are brought against them for exercising their rights.
- Ensure the immediate release of Raja Haroon Rasheed.
- End all forms of harassment, intimidation, or reprisals against their family members.
- Take steps to facilitate the right to freedom of peaceful assembly for workers and protesters in Rawalpindi district.

Hintergrundinformationen

Raja Haroon Rasheed und Shahid Raza Padri sind Gewerkschafter. Raja Haroon Rasheed ist Vorsitzender und Shahid Raza Generalsekretär der Gewerkschaft für städtische Beschäftigte (Municipal Labour Union) in Rawalpindi. Die Gewerkschaft hatte für den 24. Oktober zu einem Streik aufgerufen, um dagegen zu protestieren, dass der Busbahnhof Pirwadhai von der Stadtverwaltung Rawalpindi (Rawalpindi Municipal Corporation – RMC) an die Regionale Verkehrsbehörde (Regional Transport Authority – RTA) übertragen wird. Zwar erklärte die Stadtverwaltung, dass lediglich die Verwaltung des Busbahnhofs übertragen werde. Beschäftigte der Stadt befürchten jedoch seit Langem, dass die RTA die vollständige Kontrolle über das Gelände anstrebt und die Übertragung nur ein erster Schritt in diese Richtung ist. Eine Eigentumsübertragung würde bedeuten, dass Millionen Rupien, die aus den Ladenmieten auf dem Gelände eingenommen werden, nicht mehr in die Stadtkasse, sondern an die RTA fließen würden. Die Beschäftigten befürchten, dass dies die Einnahmen der Stadtverwaltung stark beeinträchtigen würde, was sich wiederum auf Löhne und Renten auswirken und möglicherweise zu Lohnkürzungen und Entlassungen führen könnte. Die Gewerkschaft für städtische Beschäftigte wandte sich am 19. Oktober in einem Schreiben an den Bezirkskommissar von Rawalpindi und sprach sich gegen die Übertragung aus.

Im Vorgriff auf den Streik stellte die Bezirksverwaltung am 20. Oktober zwei Präventivhaftanordnungen aus. Damit sollten Raja Haroon Rasheed und Shahid Raza Padri für jeweils 30 Tage inhaftiert werden. Der Vorwurf lautet gemäß Abschnitt 3 der Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung auf „Planung einer rechtswidrigen Versammlung bzw. Anstiftung zur Gewalt und Störung von Recht und Ordnung“. In der Haftanordnung hieß es ferner, dass die Männer andere städtische Bedienstete zu diesen Handlungen angestiftet hätten und dass „ihre Freiheit wahrscheinlich den öffentlichen Frieden, die Sicherheit und die Ruhe stören wird“.

Im Mai 2023 waren Raja Haroon Rasheed und Shahid Raza Padri von der Stadtverwaltung Rawalpindi entlassen worden. Ihnen wurde vorgeworfen, an Protesten teilgenommen zu haben, die am 9. Mai 2023 nach der Festnahme des ehemaligen Premierministers Imran Khan stattgefunden hatten. Beide Männer beteuern, nicht an den Protesten teilgenommen zu haben. Sie geben an, sich lediglich in der Nähe aufgehalten zu haben, da einige Fahrzeuge der RMC aufgrund der durch die Proteste verursachten Blockaden in der Nähe der Murree Road feststeckten.

Shahid Raza Padri gehört der christlichen Minderheit in Pakistan an. Recherchen von Amnesty International haben ergeben, dass in der Sanitär- und Müllverarbeitung Beschäftigte systematisch diskriminiert werden. Grund ist ihr Beruf, ihre Religion und ihre Zugehörigkeit zu einer sogenannten „niedrigen Kaste“. Außerdem wird ihnen regelmäßig der Zugang zu Sozialversicherung und Arbeitsschutz verwehrt, wodurch sie häufig gefährlichen und gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind. Amnesty International hat durch die Auswertung von Medienberichten dokumentiert, dass allein im Jahr 2026 mindestens 25 Personen gestorben sind, weil sie bei ihrer Arbeit in der Müllverarbeitung giftige Gase eingeatmet haben. Die Gewerkschaft für städtische Beschäftigte hat unter der Führung von Raja Haroon Rasheed und Shahid Raza Padri wiederholt friedliche Protestveranstaltungen organisiert, um auf Probleme mit verspäteten Lohn- und Bonuszahlungen sowie auf die prekären Arbeitsbedingungen aufmerksam zu machen.

AMNESTY INTERNATIONAL